



## Zwischenbilanz zur parlamentarischen Sommerpause

Wir haben in der ersten Jahreshälfte 2001 im Bundestag ein umfangreiches Arbeitsprogramm bewältigt. Ich möchte an dieser Stelle nur einige Stichworte aus der langen Liste dessen, was wir erarbeitet und umgesetzt haben, nennen:

Die Rentenstrukturreform, die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, die Verbesserung des Mietrechtes, die Anpassung des BAföG, die Herstellung der Rechtssicherheit für die Zwangsarbeiterentschädigung, die Weiterentwicklung der Familienförderung und die Erhöhung des Kindergeldes, den Solidarpakt II, die Novellierung der Zivilprozessordnung, die Gentechnikdebatte, die Verlängerung des KFOR-Mandates für die Bundeswehr, die Bewältigung der BSE- und MKS-Krise und die Entwicklung einer neuen Verbraucherpolitik, die Gleichstellung der Behinderten (SGB IX), die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung – nicht zu vergessen: die mühevollen Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses.

ses.

Das ist eine Halbjahresbilanz, die in der Wirtschaft sicherlich nicht mit Gewinnwarnungen verbunden wäre.

Apropos Wirtschaft: Die Lage ist besser als die Stimmung. Die Experten rechnen damit, dass spätestens zum Ende des Jahres die Wirtschaft wieder an Fahrt gewinnt. Es gibt daher keinen Grund, unseren Weg der Kombination aus Haushaltskonsolidierung, sinnvollen Investitionsausgaben und Steuerentlastung aufzugeben.

Allein durch die zweite Stufe der Steuerreform werden Bürger und Unternehmer in diesem Jahr um rund 45 Milliarden DM entlastet. Wir verfolgen mit Interesse die Vorhersagen der Wirtschaftsinstitute, verfallen jedoch nicht in Hektik, wie die CDU es tut. Zu deren Vorschlag, die Steuerreform vorzuziehen, äußert sich Martin Hüfner, Chefvolkswirt der Hypo-Vereinsbank eindeutig: *„Ich halte eine solche Maßnahme für kontraproduktiv.“*

### *Moment mal...*

„...ist die Bundesregierung gefordert, jetzt folgende ad-hoc Maßnahmen zu ergreifen:... 9. sofortige Abschaffung der Ökosteuer...“ (Beschluss des CDU-Bundesvorstandes v. 25.06.01)

„...Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf... 6. Verzicht auf die nächsten beiden Stufen der sogenannten „Ökosteuer“...“ (Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion v. 26.06.01)

In dieser Ausgabe:

|                              |   |
|------------------------------|---|
| Ausgabeforderungen der CDU   | 2 |
| CDU und PDS                  | 3 |
| Arbeitsplan SPD/Bündnisgrüne | 4 |
| In eigener Sache             | 4 |



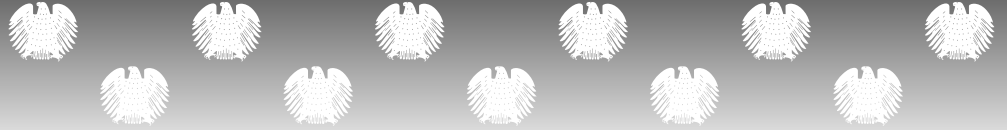
## Ausgabeforderungen der CDU in Milliardenhöhe

Die CDU ist völlig von der Rolle und hat nichts hinzugelernt. Die Umsetzung ihrer finanzwirksamen Anträge würde die bankrotte Haushaltspolitik von Kohl und Waigel konsequent weiterführen. Die Anträge, die sie bisher im Plenum gestellt haben, hätten für rund 266 Mrd. DM neue Schulden verursacht. Ihr sog. "Sofortprogramm zur Rettung der Konjunktur" rettet allenfalls die Medienberichterstattung mit neuem Material für den Bericht "Kalauer des Monats". Insgesamt ergeben sich aus allen Forderungen, die CDU und CSU insgesamt stellen, Ausgaben bzw. Steuermindereinnahmen in Höhe von rd. 428 Mrd. DM. Dies ist ein neuer Oppositionsrekord.

Die wichtigsten Windeier sind:

- Als Sofortmaßnahme sollen die für die Jahre 2003 und 2005 vorgesehenen Einkommenssteuer-Entlastungsstufen auf den 01.01.2002 vorgezogen werden. Dies würde in den nächsten drei Jahren Steuerausfälle von 128 Mrd. DM nach sich ziehen.
- Merkel will die Ökosteuern ganz abschaffen, die Fraktion rudert eifrig zurück und stört sich nur an den weiteren Erhöhungen in den Jahren 2002 und 2003. Merkels Rundumschlag würde Steuerausfälle in Höhe von 82,6 Mrd. DM verursachen, die Forderung der Fraktion schlägt immerhin noch mit 15,7 Mrd. DM zu Buche.
- Merkels Forderung nach einer Abschaffung des Scheinselbständigengesetzes und der Wiedereinführung der alten Regelungen zum 630-Mark-Gesetz würde zu einer Rückkehr in die ungeordneten Arbeitsmarktverhältnisse unter Kohl führen. Allein die Rücknahme der Neuregelung bei den geringfügigen Beschäftigten würde zu Beitragsausfällen von mindestens 5,3 Mrd. DM führen.
- Stoibers familienpolitisches Windei, das sog. Familiengeld, würde 60 Mrd. DM kosten.
- CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU-Länder Baden-Württemberg und Hessen wollen für die Länder und Kommunen einen Anteil an den UMTS-Verkaufserlösen und an den Zinsersparnissen. Gemäß Steueranteil ergibt sich eine Forderung von 60 Mrd. DM an den Bund.
- CDU/CSU-Bundestagsfraktion und das CDU-Land Thüringen wollen 40 Mrd. DM für ein Sonderprogramm Ost. Als Deckung werden Positionen vorgeschlagen, die aber als Einnahmen im Haushalt längst enthalten sind: Also 40 Mrd. DM neue Schulden.
- Die Forderungen der CDU/CSU zur Rentenreform würden zu weiteren Kostenbelastungen von 39,1 Mrd. DM führen.
- Die CDU will Personen mit hohen ehrenamtlichen Aufwandsentschädigungen im Monat (z. B. Funktionäre von Ärztekammern) von der Sozialversicherungs- und Steuerpflicht freistellen. Dies würde die Sozialversicherungskassen mit 4,9 Mrd. DM jährlich belasten und zusätzlich 4,8 Mrd. DM weniger Steuereinnahmen jährlich bedeuten.
- Die CDU/CSU will mehr Geld für die Bundeswehr (2 Mrd. DM), für den Straßenbau, für die EU-Osterweiterung, für BSE-Forschung (1 Mrd. DM) und betroffene Landwirte und für die Forschung im allgemeinen und für die Genforschung im besonderen.

Das Fazit ist eindeutig und nicht neu: Sie können nicht mit Geld umgehen.



## CDU und PDS

Die CDU redet über die PDS. Aber was sie sagt, ist ziemlich heuchlerisch. Sie hat in ihrer Bundestagsfraktion noch eine Reihe von Abgeordneten, die schon in der Blockpartei CDU Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der SED gesammelt haben. Das Verhältnis der CDU zur PDS ist merkwürdig. Rote-Socken-Kampagne, Überwachungsforderungen, Gedankenspiele zu einem Verbot - aber:

Die Kandidatin der CDU für das Amt des Bundespräsidenten, die thüringische Ministerin Schipanski hat erklärt: "Ich grenze mich zur PDS ab, diese Partei aber nicht aus. Wenn die PDS-Bundestagsfraktion sich für mich entscheidet, gehört das zur Normalität in dieser Demokratie." (Die Welt 10.3.99)

Die CDU hätte ihre Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten mit der PDS durchgesetzt, wenn es möglich gewesen wäre, genauso wie sie 1969 gerne Gustav Heinemann mit den Stimmen der NPD verhindert hätte.

Das ist ihre Standfestigkeit und ihre Überzeugungstreue gegen Links und gegen Rechts: Laut, aber wenn es um Posten geht, gilt nichts mehr.

Herr Bergner aus Sachsen-Anhalt, Fraktionsvorsitzender im Landtag und auch stellvertretender CDU-Vorsitzender gewesen, meint, die PDS sei eine moderne linke Partei. Wir halten diese Partei für ziemlich antiquiert.

Norbert Blüm, der sich an einer Denkwerkstatt von Helmut Holter – PDS-Landesvorsitzender von Mecklenburg-Vorpommern – beteiligt hat, rät

seiner Partei zu Gesprächen mit der PDS – nicht zur Verteufelung.

Laurenz Meyer, der, wie wir seit seinem Kanzlerplakat wissen, nicht sehr zimperlich mit der SPD und dem Bundeskanzler umgeht, will das Verhältnis der CDU zur PDS entkrampfen. Der Umgang solle lockerer werden. Das eine war schon sehr merkwürdig, beides zusammen ist noch merkwürdiger.

Auch die Vor-Meyer Rühle und Geißler haben sich geäußert. Nach Geißler werden es "die Realitäten erzwingen, dass es in Zukunft zumindest auf kommunalpolitischer, möglicherweise auch auf landespolitischer Ebene in der einen oder anderen Sachfrage zu einer punktuellen Zusammenarbeit mit der PDS kommt." (BZ 19.10.99)

Vor-Meyer-Rühle hat über den Vor-Meyer-Hintze und seine Rote-Socken-Kampagne gesagt: "Peter Hintze hat offenbar noch die Kommunisten von 1989 im Kopf. Das ist rückwärtsgewandt. Wir müssen uns mit der PDS von heute auseinandersetzen." (SZ 20.10.99)

Herr Nooke, CDU-Fraktionsvize wird mit den Worten zitiert: Die CDU dürfe die PDS nicht länger als extremistische Partei verstoßen, sondern müssen sie als normale Partei akzeptieren. Und er sagt:

"Es wird nicht ausreichen, nur mit Antikommunismus die eigenen Truppen zusammenhalten zu wollen, aber an den Problemen der Ostdeutschen vorbeizureden."

(SZ 11.12.00)

Das scheint jetzt aber nicht mehr zu gelten.

|                      |   |   |   |
|----------------------|---|---|---|
| Bodo Seidenthal, MdB | Büro:<br>Paul-Löbe-Haus, Zi. 7.237/39/41<br>Telefon: 030/227-7 38 66<br>Fax: 030/227-7 64 19<br>E-Mail: bodo.seidenthal@bundestag.de<br>Ansprechpartnerin: Katharina Fricke | Bürgerbüro:<br>Schuhstraße 24<br>38350 Helmstedt<br>Telefon: 0 53 51/59 98 27<br>Ansprechpartnerin: N. N. | Wahlkreisbüro:<br>Schillerstraße 6-8<br>38440 Wolfsburg<br>Telefon: 0 53 61/1 44 18<br>Ansprechpartner: Dirk Roller |
|----------------------|---|---|---|

---

## Die Arbeitsplanung der Regierungsfractionen

Es wird gelegentlich davon geredet, dass die Legislaturperiode sich politisch ihrem Ende nähert. Das ist völlig falsch. Wir haben noch ein umfangreiches Arbeits- und Reformprogramm. Es gibt eine Fülle von Themen und Projekten, die uns nach der Sommerpause beschäftigen werden. Ich nenne an dieser Stelle nur die wichtigsten.

### • Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung

Die Bundesregierung hat den Entwurf für den Bundeshaushalt 2002 beschlossen. Die parlamentarische Beratung beginnt im September. Der Haushalt treibt auf solidem Kurs die Konsolidierung weiter und setzt gleichzeitig die politisch notwendigen Prioritäten, bei Familienförderung, bei Bildung und Forschung und Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur.

### • Zuwanderung

Die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland muss gesetzlich geregelt werden. Wir haben am 6. Juli 2001 unsere Eckwerte beschlossen. Otto Schily bereitet auf dieser Grundlage einen Gesetzentwurf vor.

### • Aktive Arbeitsmarktpolitik

Das Arbeitsförderungsrecht (SGB III) wird noch in dieser Legislaturperiode verbessert werden. Der Mitteleinsatz soll besser gesteuert werden und sich noch stärker auf die aktiven Leistungen konzentrieren. Eckpunkte dazu sind erarbeitet, ein Gesetzentwurf kommt im Herbst in die Beratung.

### • Energiepolitik

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist vereinbart. Mit der Arbeit an der Novellierung des Atomgesetzes ist begonnen worden, um die erforderlichen gesetzlichen Regelungen zu treffen. Parallel wird durch die verstärkte Förderung der Einsparung von Energie und die Verwendung umweltfreundlicher und regenerativer Energieträger die Grundlage für eine neue, sichere und umweltfreundliche Energieversorgung in der Zukunft geschaffen. Zum Ausbau der ökologisch effizienten Energieerzeugung durch Kraft-Wärme-Kopplung-Anlagen wird ein Gesetz erarbeitet.

---

## In eigener Sache

Nach mehrmaligen Verschiebungen scheint es wirklich ernst zu werden: Mein Berliner Büro zieht diese Woche ins Paul-Löbe-Haus. Angeblich sollen die Büros wirklich einzugsbereit sein: Telefone funktionierten und die sanitären Anlagen seien auch benutzbar – wurde uns mehr oder weniger glaubhaft versichert; Katharina hält das allerdings für ein Gerücht und sucht schon ihre Gummistiefel...

...kein Gerücht ist allerdings,

- dass wir in Berlin erst irgendwann am nächsten Montag Zugriff auf unsere Computer haben werden,
- dass wir das Berliner Büro urlaubsbedingt vom 13.08. - 31.08.01 schliessen.
- dass ich Euch einen schönen Urlaub wünsche

